Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Puigdemont-Entscheidung ist Ohrfeige für Berlin und Madrid
2. Protest gegen "Deutsche Wohnen" in Berlin: Wie Modernisierungen die Mieten in die Höhe treiben
3. "Nicht-arbeitslose" Arbeitslose. Ein gar nicht so kleines Beispiel aus den Eingeweiden der Arbeitsmarktstatistik
4. Furcht vor Jobverlusten ist wieder da
5. Merkel-Kritiker formulieren „konservatives Manifest"
6. Die Deutsche Bank kappt die Bande zur deutschen Wirtschaft
7. Gleiche Rechte unerwünscht
8. Die Pflegelücke lässt sich nicht mehr mit Ausländern schliessen
9. Tätern ein Gesicht geben
10. Amerikas Drohnenkrieger
11. Nach Drehbuch: Politische Justiz in Brasilien
12. "Roseanne": Feels Like Home
13. ARD-Börsensendung: Fernsehen für die Parallelgesellschaft
14. Die SPD wächst
15. Das Letzte: Das Skripal-Desaster

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Puigdemont-Entscheidung ist Ohrfeige für Berlin und Madrid**
   Die Bundesregierung hatte sich in allen Phasen des Konflikts um die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen hinter die ultra-konservative Regierung Rajoy gestellt und Spanien zu einem 100-prozentigen Rechtsstaat erklärt. Dass die Verfolgungen von katalanischen Politikern durch Madrid innerhalb der EU auf Grundlage eines vordemokratischen Rebellions-Vorwurfs offensichtlich unbegründet sind, ist nun auch richterlich festgehalten.
   Es ist jetzt an der Zeit, die Spanien-Politik der Bundesregierung neu zu justieren. Im Katalonienkonflikt, der vor allem durch die starre Haltung der regierenden Partido Popular in Madrid, der Schwesterpartei der CDU/CSU, so weit eskaliert ist, sollte die

Bundesregierung die Initiative für eine internationale Vermittlung ergreifen. Als Experten für Verfassungsfragen bietet sich hier etwa die Venedig-Kommission des Europarates an.
Die spanische Justiz hat immer noch mit dem Erbe der Franco-Zeit zu kämpfen. Dies drückt sich auch in wiederholten Urteilen des Europarates und von Amnesty International aus, die nach wie vor Folter und erniedrigende Behandlung in spanischen Gefängnissen attestieren. Verträge mit der Franco-Ära, wie etwa die Rentenzahlungen für die Blaue Division, gehören auf den Prüfstand. Anstatt dem Königreich Spanien einen Blankocheck zu erstellen, sollte die Bundesregierung die Bestrebungen zur demokratischen Erneuerung in Spanien unterstützen.
Quelle: Andrej Hunko

2. **Protest gegen "Deutsche Wohnen" in Berlin: Wie Modernisierungen die Mieten in die Höhe treiben**
   Die "Deutsche Wohnen" wolle sie ausquetschen wie Zitronen, klagen Mieter über Berlins größtes privates Wohnungsunternehmen. Und während der Konzern einen Milliardengewinn einfährt, bangen Mieter um den Verbleib in ihrem Kiez.
   Ein schlichter Mehrzwecksaal in der Otto-Suhr-Siedlung in Berlin-Kreuzberg. 35 Mieter sind zusammengekommen, um ihrem Ärger freien Lauf zu lassen. Darüber, dass die Betriebskosten wieder einmal viel zu hoch und die Fenster undicht sind, und darüber, dass seit drei Tagen die Heizung nicht geht.
   "Das ist ja nicht das erste Mal, dass die Heizung ausfällt. Aber für anderes ist Geld da, aber für die Instandsetzung der Heizung, die sollen Sie mal, was gebraucht wird, das sollen sie machen, aber Wohnungen aufstocken, dafür ist Geld da, aber für die notwendigsten Sachen, dass die Leute nicht frieren müssen, ich muss doch nicht bei 17 Grad minus frieren, das ist doch eine Schweinerei so was."
   "Michael, wir nehmen det ja gerne zur Kenntnis. Aber wir sind doch nicht der Vermieter."
   "Ne, das weiß ich doch."
   Nein, der Vermieter ist die Deutsche Wohnen, der größte private Vermieter in der Hauptstadt. 110.000 Wohnungen hat sie in ihrem Portfolio. 1700 davon in der Otto-Suhr-Siedlung, einer jener schmucklosen Sozialbausiedlungen der Nachkriegszeit. Doch weil die Lage der Siedlung äußerst attraktiv ist, direkt an der Grenze zum Bezirk Mitte, hat die Deutsche Wohnen Großes mit ihr vor. Sie will die Siedlung umfangreich energetisch sanieren und modernisieren. Will bei einigen Gebäuden zudem die Dachgeschosse ausbauen. Die Mieter sind verunsichert, befürchten Mietsteigerungen in erheblichem Maße. Und fragen sich: Wofür? Für längst notwendige Instandsetzungsarbeiten oder für Luxus-Modernisierung? Dieser Mieter hat bereits neue Isolierglasfenster eingebaut bekommen. Das Ergebnis, sagt er, ist verheerend.

Quelle: Deutschlandfunk Kultur

dazu: Wohnungsnot in München: "Die werden dich immer rausbekommen"
In München sind die Mieten sehr hoch und die Preise steigen: Durch Luxussanierungen und Zweckentfremdung wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Viele Mieter fühlen sich ausgeliefert und machtlos. […]
Die Stadt München will sich jedenfalls auch beim Bund dafür einsetzen, dass Vermieter bei Modernisierungen nicht mehr unbefristet elf Prozent auf die Miete aufschlagen können. Denn oft genug können sich die Bewohner die neue Miete nicht mehr leisten. Viele werden auch knallhart entmietet. So, wie Juliane Faber, die in Wirklichkeit anders heißt. Sie wohnte jahrelang mit ihrem Partner in einem großen Mehrfamilienhaus in der Münchner Innenstadt. Dann wurde das Haus verkauft, es sollte in Eigentumswohnungen aufgeteilt und luxussaniert werden.
"Am Anfang haben wir uns gedacht, ja von wegen, wir lassen uns doch hier nicht einfach rauskriegen, das schafft ihr niemals, wir kämpfen, auf jeden Fall."
Sie nahmen sich einen Anwalt, erfuhren, dass sie in ihrem speziellen Fall zehn Jahre Kündigungsschutz hatten. Doch dann kamen die Drohungen, die Briefe, der Lärm, die Bauarbeiten.
"Und wenn du nach Hause kommst von der Arbeit und das Gefühl hast, du kommst gar nicht richtig nach Hause weil du in einer Baustelle lebst. Und abends dich dann noch mit den Handwerkern rumschlagen musst, warum jetzt gerade zufällig was direkt an deinem Türrahmen gemacht werden muss, wo du nach Hause kommst. Und dann noch eine E-Mail oder einen Brief beantworten musst, das ist jetzt nicht schlimm, per se. Aber wenn du das zwei Jahre lang jeden Abend machst, dann ist das sehr schlimm und das weiß der Vermieter."
Nach zwei Jahren konnten sie nicht mehr, zogen aus – raus aus der Innenstadt, die sie sich nicht mehr leisten konnten. Die anderen Mieter waren fast alle vor ihnen gegangen.
Quelle: Deutschlandfunk

3. **"Nicht-arbeitslose" Arbeitslose. Ein gar nicht so kleines Beispiel aus den Eingeweiden der Arbeitsmarktstatistik**
Man kennt das – jeden Monat werden in Nürnberg die Arbeitslosenzahlen verkündet. Und in den vergangenen Jahren gingen die nach unten. Schauen wir auf die aktuellen Werte: Für den März 2018 berichtet die Bundesagentur für Arbeit von knapp 2,46 Millionen Arbeitslosen. Das gesamte Ausmaß der Menschen ohne Arbeit bildet die offizielle Zahl jedoch nicht ab. Denn knapp 960.000 "De-facto-Arbeitslose" sind nicht in der Arbeitslosen-, sondern in der separaten Unterbeschäftigungsstatistik enthalten,

bei der es sich ebenfalls um eine ganz offizielle Statistik handelt, die von der BA veröffentlicht wird. Statt 2,46 Mio. müsste also die Untergrenze für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen bei 3,42 Mio. liegen. Und es wäre schön, wenn die Medien endlich diese "ehrlichere" Zahl verwenden würden, was die meisten aber nicht machen. Wer ist denn faktisch arbeitslos, taucht aber in der kleingerechneten Zahl an "offiziellen Arbeitslosen" nicht auf? Da waren im März 2018 beispielsweise 713.000 Menschen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnahmen oder 81.000, die gerade am Tag der Zählung krank geschrieben waren. Und in der Liste der semantisch verkleisternd als "Unterbeschäftigte" titulierten Arbeitslosen, die aber rausgerechnet werden, taucht auch diese, viele sicher erst einmal irritierende Zahl auf: 165.000 über 58-Jährige, die innerhalb der letzten 12 Monate kein Jobangebot erhielten.
Was soll das denn, wird der eine oder andere fragen. Arbeitslose zählen nicht als Arbeitslose, weil sie kein Jobangebot bekommen haben? Die sind doch trotzdem (oder vielleicht gerade deswegen) weiter arbeitslos? So ist das natürlich auch. Also eigentlich, aber eben nicht statistisch.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

4. **Furcht vor Jobverlusten ist wieder da**
Gleich zwei große Projekte wird die Mindestlohnkommission in diesem Jahr stemmen. Da ist zum einen der Mindestlohn an sich. Laut Gesetz soll die Kommission alle zwei Jahre über »Anpassungen« der Lohnuntergrenze beraten. Der letzte Beschluss, den Mindestlohn auf die jetzigen 8,84 Euro anzuheben, fiel im Jahre 2016. In diesem Jahr könnte das Gremium, in dem jeweils drei Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie zwei wissenschaftliche Berater sitzen, eine neue Höhe festlegen, die dann zum 1. Januar 2019 in Kraft treten soll.
Zudem soll die Kommission ihren zweiten Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns bis Ende Juni 2018 präsentieren. Insofern könnte die Stellungnahme des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über »Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohnes« einige Anregungen für das Gremium enthalten. Das IAB ist immerhin das offizielle Forschungsinstitut des Bundesagentur für Arbeit.
Die schlechte Nachricht vorweg: Das IAB warnt vor einer »überproportionalen Anhebung des Mindestlohnniveaus«. Dabei liest sich der Bericht wie eine Aneinanderreihung von Argumenten für eine deutliches Heraufsetzen der Lohnuntergrenze. So habe der Mindestlohn kaum negative Folgen für die Beschäftigung gehabt, betont das IAB. Zudem sei es »wenig wahrscheinlich, dass von einer weiteren Anhebung des Mindestlohns ein markanter negativer Beschäftigungseffekt ausgehen würde, selbst wenn diese über der allgemeinen

Lohnentwicklung liegen würde«, unterstreichen die Forscher.
Quelle: Neues Deutschland

Anmerkung Christian Reimann: *Immer mal wieder wird versucht, den ohnehin mit zu vielen Ausnahmen versehenen (und daher eben nicht flächendeckend-gültigen) Mindestlohn mit der Angst vor einem Arbeitsplatzverlust zu verknüpfen. Die NachDenkSeiten haben mehrfach darauf hingewiesen – u.a. hier.*

5. **Merkel-Kritiker formulieren „konservatives Manifest"**
Parteiinterne Kritiker von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wollen mit einem „konservativen Manifest" den Druck in der Union auf eine Abkehr der Kanzlerin vom Kurs der Mitte erhöhen. Ehe und Familie und das Leitbild „Vater, Mutter, Kinder" seien die wichtigsten Grundlagen der Gesellschaft, heißt es in dem Entwurf, der FAZ.NET vorliegt und der am Samstag bei der Bundesversammlung der vor einem Jahr gegründeten „WerteUnion" im baden-württembergischen Schwetzingen verabschiedet werden soll. Die Kritiker wenden sich auch gegen eine weitere staatliche Förderung der „ideologisch motivierten Genderforschung" sowie gegen Quotenregelungen bei der Besetzung von Stellen. Stattdessen sollten wieder „Kompetenz und Befähigung im Vordergrund stehen".
Im Gespräch mit FAZ.NET forderte der Vorsitzende der „WerteUnion" Alexander Mitsch den Rückzug von Angela Merkel als CDU-Parteivorsitzende. Merkel solle bei der Wahl zum Vorstand im Herbst nicht wieder antreten und so den Weg für eine Erneuerung der Partei freimachen, sagte Mitsch. Die drei Flügel in der Union – der konservative, der wirtschaftsliberale und der christlich-soziale – müssten wieder an Profil gewinnen, heißt es in dem Manifest. Die Union müsse „Persönlichkeiten aufbauen, die diese Flügel durch ihr auftreten glaubhaft vertreten können". Als mögliche Kandidaten für eine Nachfolge Merkels an der Parteispitze nannte Mitsch im FAZ.NET-Gespräch unter anderem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, den früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz.
Quelle: FAZ

Anmerkung JK: *Wunderbar, mit dem neoliberalen Transatlantiker und Black Rock Deutschlandvertreter Merz, würde die Finanzindustrie neben einem Staatssekretär im Finanzministerium gleich auch den Vorsitzenden der stärksten Partei in Deutschland stellen.*

6. **Die Deutsche Bank kappt die Bande zur deutschen Wirtschaft**

Die Deutsche Bank ersetzt deutsche Konzernchefs im Aufsichtsrat durch Investmentbanker von der Wall Street. Und das, obwohl Cryan predigt, die Bank solle sich wieder stärker auf Deutschland konzentrieren. Wie passt das zusammen?
Die deutsche Industrie wird im neuen Aufsichtsrat der Deutschen Bank nicht mehr vertreten sein. Mit dem früheren Chef von SAP, Henning Kagermann, und dem früheren Vorstandsvorsitzenden von Eon, Johannes Teyssen, verlassen zur nächsten Hauptversammlung die zwei letzten deutschen Konzernlenker das Aufsichtsgremium von Deutschlands größter Bank. Ersetzt werden sie durch Investmentbanker von der Wall Street. In der am Mittwoch verschickten Einladung zur Hauptversammlung bestätigte die Bank die Namen, über welche die F.A.Z. schon vorab berichtet hatte: Als neue Mitglieder für den Aufsichtsrat schlägt dessen Vorsitzender Paul Achleitner darin den früheren Vorstandsvorsitzenden der Investmentbank Merrill Lynch John Thain vor sowie die langjährige Mitarbeiterin von Morgan Stanley Mayree Clark und die frühere IT-Chefin der UBS Michele Trogni.
Achleitner lobt seine eigenen Wahlvorschläge für die Aktionäre mit den Worten: „Sie ergänzen die vielfältige Expertise in unserem Aufsichtsrat hervorragend.“ Unter den Tisch fallen lässt er dabei aber, dass mit dem Abgang von Kagermann und Teyssen eine uralte Tradition des Hauses komplett beendet wird: Die deutsche Realwirtschaft hat im Aufsichtsrat ihres wichtigsten Kreditinstituts kein Wörtchen mehr mitzureden. War es über Jahrzehnte Usus, dass die deutschen Vorzeigekonzerne wie Siemens, BASF oder eben SAP ihre verdienten Manager in das Kontrollgremium der Bank entsandten, so kappt Achleitner nun die letzten Bande der einstigen Deutschland AG.
Quelle: FAZ

dazu: Gehört Blackrock bald die ganze Welt?
Blackrock – schwarzer Felsen: Das wäre ein idealer Name für einen Hollywood-Gruselschocker. Und wenn auf dem Fels der „König der Wall Street“ regiert, ist das Drehbuch für den Kinohit perfekt. In der Realität aber hat das gleichnamige US-Unternehmen in der Gilde der Vermögensverwalter Weltruhm und sein Gründer und Chef Larry Fink hat am Kapitalmarkt einen Ruf wie Donnerhall.
Doch nicht etwa, weil er sich als Diktator aufspielt, sondern weil er sich schlaue Finanzprodukte und -instrumente ausgedacht hat und sein Reich durch kluge Übernahmen vergrößerte. Pensionskassen, Lebensversicherer und Versorgungseinrichtungen, aber auch Privatanleger haben Finks Firma mehr als 6000 Milliarden Dollar anvertraut. Sie sehen in Blackrock aber weder einen Plünderer, noch eine Sekte, die irgendwann mit ihrem Geld die Welt kauft, sondern einen professionellen Geldmanager, der häufig günstigere Investmentprodukte anbietet als seine Konkurrenten.

Quelle: WirtschaftsWoche

7. **Gleiche Rechte unerwünscht**
   Viele Firmen machen wegen schlechter Behandlung von Werksvertragsarbeitern von sich reden. Warum schaffen sie keine Gleichheit unter Arbeitern?
   Die arbeiten aufm Schloss, sagte der Taxifahrer grinsend über einige Männer mit dunklen Gesichtern, die zusammengedrängt an einer Bushaltestelle warteten. „Die arbeiten da für acht Euro. Aber dann wird ihnen das Mittagessen abgezogen, obwohl sie gar kein Mittagessen kriegen. Und so arbeiten sie dann für weniger als acht Euro. Man zieht einfach ein paar Sachen ab, für irgendwas. So machen die das."
   Das Schloss stand unweit unseres Ferienhauses und es beherbergte unter anderem ein hochpreisiges Hotel und ein hochpreisiges Restaurant. Wir sahen uns das später an, unser Ferienhaus stand nur ein paar Meter davon entfernt.
   Ich dachte darüber nach, warum gerade an solchen Orten, wo sehr viel Wert auf Renommee und Luxus gelegt wird, am Personal gespart wird. Warum kann sich ein Restaurant, das so anständige Preise verlangt, keine Angestellten leisten, die wenigstens zum gesetzlichen Mindestlohn arbeiten? Ist es einfach nur Unmoral?
   Quelle: taz
8. **Die Pflegelücke lässt sich nicht mehr mit Ausländern schliessen**
   Die Schweizer werden immer älter – doch die Pflegeberufe ziehen immer weniger junge Leute an. Weil auch die Zuwanderer ausbleiben, geraten Heime und Spitäler in die Bredouille.
   Der Schweiz droht ein Pflegenotstand. Die «Sonntags-Zeitung» berichtet, dass es in den letzten Jahren in 299 Alters- und Pflegeheimen zu einem Abbau des qualifizierten Personals gekommen sei – mit spürbaren Auswirkungen auf die Qualität der Pflege. Fast jedes fünfte Heim in der Schweiz hat demnach entweder den gesamten Personaletat verkleinert oder Pflegefachleute und Fachangestellte Gesundheit (FaGe) durch Hilfspersonal ersetzt. Bei manchen Institutionen ist das eine Folge des finanziellen Drucks und des Strebens nach Rendite. Doch bei vielen Heimen liegen die Gründe woanders: Sie finden schlicht nicht genug qualifiziertes Personal.
   Quelle: NZZ
9. **Tätern ein Gesicht geben**
   Krieg made in Germany: Neues globales Netzwerk gegen Waffenhandel will die Profiteure gewaltsamer Konflikte benennen
   Deutsche Waffen töten weltweit, und das hat Tradition. Nicht nur in den letzten Wochen während der türkischen Offensive in Syrien kamen hierzulande produzierte Rüstungsgüter zum Einsatz, schon vor rund 100 Jahren während des Völkermords an den Armeniern durch das Osmanische Reich war das der Fall. Die Waffenschmieden

können frohlocken: Während das Kriegsgeschäft weiter global floriert, laufen nationale Exportrichtlinien ins Leere, und keinen Regierungspolitiker scheint das zu kümmern. Am Donnerstag hat sich in Berlin das Netzwerk »Global Net – Stop The Arms Trade« (GN-STAT, zu deutsch: Globales Netz – Stoppt den Waffenhandel) gegründet. Ein breites Bündnis sozialer Akteure will den »tödlichen Entscheidungen«, die im Bundeskanzleramt zugunsten der heimischen Rüstungsindustrie getroffen werden, entgegentreten. So erklärte es der Friedensaktivist Jürgen Grässlin, der unter anderem Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« ist. Das Ziel des Bündnisses seien dabei nicht allein die Recherchen zu Rüstungsexporten, sondern insbesondere auch Aktionen, um diesem mörderischen Business Einhalt zu gebieten. Dafür sollen sich Friedensaktivisten und Rechtsanwälte, Journalisten und Künstler weltweit zusammenfinden. Seit Donnerstag ist der Onlineauftritt des Netzwerkes in verschiedenen Sprachen im Internet zu finden.
Quelle: junge Welt

10. **Amerikas Drohnenkrieger**
Im Zentrum des Films stehen drei US Kriegsveteranen des weitgehend geheimen Drohnenkriegs. Ihre Mitschuld an der Tötung Unbekannter – und möglicherweise Unschuldiger – an weit entfernten Kriegsschauplätzen lässt sie nicht zur Ruhe kommen.
Quelle: ARD
11. **Nach Drehbuch: Politische Justiz in Brasilien**
Niemand steht über dem Gesetz! Brasiliens früherer Präsident Lula soll für zwölf Jahre hinter Gitter wandern. Das Oberste Gericht hat Sérgio Moro, dem Sheriff von Curtiba, freie Hand gegeben, den Gründer der Arbeiterpartei einzulochen. Dessen Verbrechen wiegen schwer. Begangen hat er sie alle auf Netflix. In der dort kürzlich angelaufenen achtteiligen Serie »Der Mechanismus« von José Padilha über die Polizeioperation »Lava Jato« ist ein Staatschef, der Lula verkörpern soll, als finstere Figur im Mittelpunkt eines hochkriminellen Netzwerkes zu erleben. Doch ein unbestechlicher Ermittlersuperheld und Schwiegermuttertraum ist ihm und seiner Politmafia auf der Spur. Das Spektakel um den Kampf gegen den Krebs der Korruption, welcher den Staat zerfrisst, wird als »auf wahren Begebenheiten beruhend« unters Volk gebracht. […]
Die perfekt getimte Netflix-Serie ist Teil einer kollektiven Gehirnwäsche, welche die großen Medien den Brasilianern verordnet haben.
Quelle: junge Welt
12. **“Roseanne”: Feels Like Home**
In gewisser Weise ist die zehnte “Roseanne”-Staffel eine soziologische Aufklärungsstunde für die eine Hälfte des Landes darüber, wie die andere Hälfte lebt.

Man kann daraus einige wertvolle Schlüsse ziehen. Zu allererst: Amerika ist so offen wie eh und je. Auch die ländlichen Trump-Hochburgen haben keine Berührungsängste mit geschlechts-non-konformen Menschen, Schwulen und Lesben und sind in sozialen Fragen (Her body – Her choice!) weiterhin bodenständig-progressiv. Sie sind schlicht nicht mehr willens, dreißig Jahre wirtschaftliche Vernichtung fortzuführen, die ihren Kindern ein unsteteres, unsichereres Leben aufzwingt als das, das sie selbst trotz aller Widrigkeiten führen konnten, und sie sind zum Äußersten (Donald Trump) bereit, wenn nur ein Hauch Aussicht darauf besteht, das abzustellen.
Quelle: Quotenmeter

Anmerkung unseres Lesers T.H.: *Eine Kritik zu den neuen "Roseanne"-Folgen, die in den USA mit großem Erfolg gestartet sind. Die Rezension liefert aber vor allem eine einfühlsame und aufgeschlossene Darstellung des Amerikas, das in vielen Bundesstaaten mehrheitlich Trump gewählt hat. Dieser Beitrag geht weit über das hinaus, was für die klassischen Medien leider nur ein bestürztes "Roseanne ist nun Trump-Anhänger" war.*

13. **ARD-Börsensendung: Fernsehen für die Parallelgesellschaft**
Es heißt ja, ARD und ZDF würden zu viel für Minderheiten senden und zu wenig für normale Bürger. Genau! Wer, außer ein paar finanziell Auffälligen, braucht zur besten Sendezeit den Börsenbericht? Ab ins Nachtprogramm! […]
Nimmt man also nur die, die direkt Aktien besitzen und auch damit handeln können, schrumpft der entsprechende Anteil der Betroffenen an der Bevölkerung auf gerade noch knapp sechs Prozent. Was – nur mal so zum Vergleich – in etwa dem Bevölkerungsanteil der Muslime in Deutschland entspricht. Wobei wir jetzt gar nicht ausmalen wollen, was Horst Seehofer sagt, wenn wir vor der "Tagesschau" immer den "Muslim vor acht" gucken müssten. […]
Es war einmal eine Zeit, da gab es in der "Tagesschau" kurz mal eine Notiz von der Börse. Dann kam der New-Economy-Hype. Und die Maßgabe ans Volk, dass jetzt alle T- und andere Volksaktien kaufen sollten. Was die Entscheider bei der ARD – mit etwas Verspätung – Ende 2000 ganz offenbar dazu animierte, wochentäglich den Börsenbericht ganz schick und prominent gleich vor die "Tagesschau" zu setzen. Wobei in der Zwischenzeit bekanntlich nicht nur der Hype sondern auch schon einiges Anlegergeld weg war – nur die Börse im Ersten blieb. Ohne dass die Deutschen dadurch jetzt alle zu Aktienliebhabern wurden. Vielleicht sogar deshalb gerade nicht: Weil ihnen jeden Abend erzählt wird, wie irre es da wieder zuging. Und weil die Konzentration des (Aktien-)Reichtums auf die obersten zehn Prozent seither noch zugenommen haben dürfte. Parallelgesellschaft.

Nun ist jede Minderheit bei uns natürlich willkommen – und darf nicht einfach diskriminiert werden. Klar. Und es ist natürlich auch wichtig, dass Unternehmen Geld bekommen; und die Leute was über Wirtschaft lernen. Muss es aber unbedingt Börsen-TV sein? Zur besten Sendezeit? Ab ins Nachtprogramm damit! Da, wo Fernsehen für Sonderbares sonst ja auch hin verschoben wird.
Den freien Platz könnte dann so etwas wie "Lohnplus vor acht" einnehmen – aktuelle Berichte darüber, wo es heute mal wieder deutlich mehr Lohn im Betrieb gab. Oder schöne Sonderzahlungen. Von mir aus auch eine tolle neue Erfindung, die der Menschheit hilft. Mehrheitsfernsehen eben.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung JK: *Hier muss man Fricke voll und ganz zustimmen.*

14. **Die SPD wächst**
Im vergangenen Jahr konnte die SPD ihre Mitgliederzahl um über 10.000 steigern. 432.706 Mitgliedern waren es zum Start 2017, am Jahresende zählte die Partei 443.152 Mitglieder.
Und der Trend hält auch im laufenden Jahr an: Abzüglich der Sterbefälle und Parteiaustritte verzeichnet die SPD zum 31. März 2018 fast 15.000 zusätzliche Mitglieder – insgesamt stieg die Zahl im ersten Quartal auf 457.770. Mehr Mitglieder hat keine Partei in Deutschland.
Quelle: SPD

Anmerkung Christian Reimann: *Die SPD-Spitze scheint sich zu freuen. Dabei verzeichnet die CDU derzeit kaum weniger Mitgliederzahlen. Das war einmal anders – und daher sollte sich das Spitzenpersonal der SPD lieber nicht zu sehr freuen: Anfang der 1990er Jahre hatte die SPD nämlich über 900000 Mitglieder und der Abstand zur CDU war deutlich größer.*

15. **Das Letzte: Das Skripal-Desaster**
Da es beim Fall Skripal also um so ziemlich alles geht, nur nicht um Skripal, kommt natürlich wieder die deutsche Russlandpolitik auf den Tisch. Und wenn die deutsche Russlandpolitik auf den Tisch kommt, wittert die Linke eine Chance zur Abrechnung. Der Kolumnist Friedrich Küppersbusch zum Beispiel dürfte vielen von ihnen stellvertretend aus der Seele sprechen, als er in der taz meinte, dass Deutschland "eher Russlands Westküste als die Ostküste der USA" sei. Sein frommer Wunsch: "Es gibt hoffentlich bald eine eigenständige deutsche Außenpolitik."

Man fragt sich, erstens, wozu der Geograf Küppersbusch Finnland, Ukraine und Polen zählt, wenn Deutschland die russische Westküste markiert und, zweitens, ob ein Linker wie Küppersbusch tatsächlich nicht merkt, dass er mit dieser Wortwahl wie ein freundlicher Reichsbürger (fremdbestimmtes Deutschland) klingt und die Position der Rechten runterleiert: An dem deutsch-russischen Ausgleich soll Europa also genesen. Geschenkt, dass diese Politik vor knapp 80 Jahren Millionen Menschen in Europa das Leben kostete.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unserer Leserin S.I.: *Weil Nazis und Sowjets so dicke Freunde waren, sind 80 Millionen Menschen gestorben? In welcher Parallelwelt ist denn das passiert?*